

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

23. Januar 2003

B5-0054/2003 }
B5-0056/2003 }
B5-0057/2003 }
B5-0058/2003 }
B5-0062/2003 } RC1/rev.

GEMEINSAMER ENTSCHLISSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Concepció Ferrer, Agnes Schierhuber und Anders Wijkman im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Francisca Sauquillo Pérez del Arco, Glenys Kinnock und Margrietus J. van den Berg im Namen der PSE-Fraktion
- Colette Flesch, Marieke Sanders-ten Holte und Elly Plooij-van Gorsel im Namen der ELDR-Fraktion
- Monica Frassoni, Carlos Bautista Ojeda, Paul A.A.J.G. Lannoye, Didier Rod, Heidi Anneli Hautala, Nelly Maes und Bart Staes im Namen der Verts/ALE-Fraktion
- Joaquim Miranda und Yasmine Boudjenah im Namen der GUE/NGL-Fraktion
- Sergio Berlato im Namen der UEN-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- PPE-DE (B5-0054/2003),
- ELDR (B5-0056/2003),
- UEN (B5-0057/2003),
- PSE (B5-0058/2003),
- Verts/ALE (B5-0062/2003),

zum Hunger in der Welt und zur Beseitigung der Hemmnisse für den Handel mit den ärmsten Ländern

RC\487632DE.doc

PE 326.583 }
PE 326.585 }
PE 326.586 }
PE 326.587 }
PE 326.591 } RC1/rev.

Entschließung des Europäischen Parlaments zum Hunger in der Welt und zur Beseitigung der Hemmnisse für den Handel mit den ärmsten Ländern

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Kampagne zur Bekämpfung des Hungers in Afrika, die vom Welternährungsprogramm (WFP) am 16. Dezember 2002 eingeleitet wurde,
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Welternährungsgipfels der Vereinten Nationen vom 10. bis 13. Juni 2002 in Rom (Italien),
 - unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 2820/98 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen (APS) für den Zeitraum vom 1. Juli 1999 bis 31. Dezember 2001, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 416/2001 des Rates (die „Alles-außer-Waffen-Initiative“),
 - unter Hinweis auf die auf der Ministerkonferenz vom 14. November 2001 in Doha verabschiedete Erklärung,
 - unter Hinweis auf die Annahme des amerikanischen Agrargesetzentwurfs (Farm Bill),
 - unter Hinweis auf den Bericht über Hunger und Entwicklung im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP),
 - unter Hinweis auf die von der Afrikanischen Union vorgeschlagene Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung ("New Partnership for Africa's Development", NEPAD),
 - unter Hinweis auf das am 4. Dezember 2002 vorgelegte Vorhaben der Europäischen Union, die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer im Rahmen der WTO zu verstärken,
 - in Kenntnis des Berichts der Vereinten Nationen über Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern, der der Kommission der Vereinten Nationen für Menschenrechte im März 2002 von einem UNO-Sonderberichterstatter vorgelegt wurde,
 - in Kenntnis des Berichts der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) aus dem Jahr 2002 mit dem Titel „Wege aus der Armutsfalle“ über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC),
- A. in der Erwägung, dass viele Länder in Afrika, Asien und Zentralamerika derzeit unter katastrophalen Bedingungen leiden, die hauptsächlich durch veränderte Wettermuster, politische Instabilität, gescheiterte Wirtschaftspolitiken und HIV/Aids verursacht wurden,
- B. unter Hinweis auf das beispiellose Ausmaß und den Umfang der Krise, die einer beispiellosen und dringenden Reaktion bedürfen, bei deren Scheitern die humanitäre Gemeinschaft diese sich abzeichnenden Katastrophen nicht wird bewältigen können,

RC\487632DE.doc

PE 326.583 }
PE 326.585 }
PE 326.586 }
PE 326.587 }
PE 326.591 } RC1/rev.

- C. in der Erwägung, dass im besonderen Falle des südlichen Afrika das traditionelle Muster der humanitären Hilfe zu diesem Zeitpunkt einfach kein gangbarer Weg ist, da die Kapazitäten der Regierungen in der Region, um mit den Auswirkungen der derzeitigen humanitären Krise fertig zu werden, durch die derzeitigen und künftigen Folgen der HIV/Aids-Epidemie geschwächt wurden, die eine ganze Generation von Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter bedroht und in ihrem Gefolge Millionen von Waisenkindern hinterlässt,
- D. in der Erwägung, dass nach dem Bericht der UNCTAD aus dem Jahr 2002 über die am wenigsten entwickelten Länder die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen, über die Daten vorliegen, sich im Laufe der letzten 30 Jahre mehr als verdoppelt hat – von 138 Millionen in den 60er Jahren auf 307 Millionen in den 90er Jahren – und dass, wenn die derzeitige Entwicklung anhält, die Zahl der Menschen, die von weniger als 1 Dollar pro Tag leben, bis zum Jahr 2015 von 307 Millionen auf 420 Millionen ansteigen wird,
- E. in der Erwägung, dass weltweit pro Stunde 900 Menschen an Hunger sterben und dass 800 Millionen Menschen, darunter 300 Millionen Kinder, nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt sind,
- F. in der Erwägung, dass die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten sich vergrößert hat, in der Erwägung, dass sich die Kluft zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern und anderen Entwicklungsländern seit den 90er Jahren noch weiter vertieft hat,
- G. in der Erwägung, dass auf dem Welternährungsgipfel von 1996 das Ziel genannt wurde, die Zahl der Hunger leidenden Menschen in der Welt bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu verringern, und dass dieses Ziel in weiter Ferne zu liegen scheint,
- H. in der Erwägung, dass die Probleme im Zusammenhang mit Nahrungsmangel oft noch durch schlechte Staatsführung und Korruption verschlimmert werden,
- I. in der Erwägung, dass die Wirtschaft der ärmsten Länder sich hauptsächlich auf die primären Sektoren und vor allem auf die Landwirtschaft stützt, die die größte Zahl an Arbeitsplätzen bietet,
- J. unter Hinweis darauf, dass Lebensmittelhilfe an sich kein geeignetes Instrument ist, um langfristige Ernährungssicherheit zu schaffen, aber wichtig bleibt, um mit humanitären Krisen von beispiellosem und unvorhersehbarem Ausmaß fertig zu werden,
- K. in der Erwägung, dass die beste Möglichkeit zur Erreichung langfristiger Ernährungssicherheit – die von größter Bedeutung für die LDC ist, die eines internen Schutzes bedürfen, damit sie ihre eigene Landwirtschaft stärken können – darin besteht, auf breiter Basis eine Politik für nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum sowie für die Bekämpfung der Armut durchzusetzen, und dass der Abbau der Handelsbarrieren gegenüber den ärmsten Ländern ein wichtiger Bestandteil dieser Politik ist,
- L. in der Erwägung, dass öffentliche Stellen bei der Bekämpfung der Unterernährung und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen können,

- M. unter Hinweis darauf, dass in vielen am wenigsten entwickelten Ländern die bislang von der EU getroffenen handelspolitischen Maßnahmen es nicht erreicht haben, die wirtschaftliche und soziale Kluft gegenüber anderen Entwicklungsländern und den Industriestaaten zu verringern,
- N. unter Hinweis darauf, dass es den meisten LDC nicht gelungen ist, die strukturellen Veränderungen ihrer Volkswirtschaften vorzunehmen, die entscheidend sind, wenn sie die Kategorie der LDC verlassen wollen,
- O. unter Hinweis darauf, dass ein zollfreier Zugang für Erzeugnisse mit Ursprung in LDC ohne mengenmäßige Beschränkungen zur Entwicklung der LDC beitragen kann, indem er die Entwicklung des Handels mit diesen Erzeugnissen fördert,
- P. unter Hinweis darauf, dass die EU der größte Exportmarkt für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Entwicklungsländern ist,
- Q. in der Erwägung, dass es in die Verantwortung der Europäischen Union fällt, auf die Kohärenz ihrer diversen Politiken zu achten,
- R. in der Erwägung, dass eine auf den Marktgesetzen basierende Wirtschaft unter Berücksichtigung der Interessen möglichst vieler Beteiligter reguliert werden muss,
- S. in der Erwägung, dass der Handel bedeutende Auswirkungen auf den Fortbestand der Familienbetriebe in der Landwirtschaft und auf die Nahrungsmittelautonomie und Selbstversorgung der LDC hat,
- T. in der Erwägung, dass die Einfuhr hochsubventionierter Agrarerzeugnisse in die am wenigsten entwickelten Länder die lokalen Erzeuger entmutigt und oft ruiniert und dass somit die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern vor niedrigen Weltmarktpreisen geschützt werden sollte,
- U. in der Erwägung, dass die am wenigsten entwickelten Länder nur wenige wettbewerbsfähige Produkte haben, die sie auf dem Weltmarkt anbieten können,
- V. unter Hinweis darauf, dass die Initiative der EU „Alles außer Waffen“, mit der die Zolltarife für Importe (außer Waffen) aus den 48 ärmsten Ländern der Welt in die EU abgeschafft werden sollen, ein erstes Signal für die Handelspolitik ist, und unter Hinweis darauf, dass sie von anderen Maßnahmen begleitet werden muss – sowohl handelsspezifischen als auch generellen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Zusammenarbeits- und Entwicklungspolitik –, und dass sie auch in Einklang mit dem Abkommen von Cotonou und den damit verbundenen Handelsprotokollen gebracht werden muss, wobei stabile Preise für die wichtigsten empfindlichen Erzeugnisse für die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe in den Ländern im Norden und Süden aufrechterhalten werden müssen,
- W. in der Erwägung, dass die Gemeinschaft neben Fragen des Marktzugangs, einschließlich der nicht tarifbezogenen Aspekte, auch Problemen wie Versorgungsengpässen und

RC\487632DE.doc

PE 326.583 }
 PE 326.585 }
 PE 326.586 }
 PE 326.587 }
 PE 326.591 } RC1/rev.

Wettbewerbsfähigkeit, handelsbezogenen Bereichen, Maßnahmen zur Entwicklung des Handels, Technologietransfer, Zugang zu Informationen und globalen Netzen sowie Strategien zur Förderung der Investitionstätigkeit und Entwicklung des Privatsektors Beachtung schenken sollte,

- X. in Erwägung der Bedeutung der regionalen wirtschaftlichen Integration und der Hemmnisse, auf die diese stößt, insbesondere den Mangel an Infrastruktur,
- Y. in der Erwägung, dass in Doha vereinbart wurde, dass die nachhaltige Entwicklung ein allgemeines Ziel für die Verhandlungen der WTO darstellen sollte,
- Z. in der Erwägung, dass die Erklärung von Doha bestimmte Verpflichtungen enthält, einige spezifische Probleme anzugehen, die als großes Hindernis für die Entwicklungsländer gelten, sich einen gerechteren Anteil am Welthandel zu sichern, insbesondere:
- Verhandlungen (im Agrarbereich), um substantielle Verbesserungen beim Marktzugang und eine Reduzierung aller Arten von Exportsubventionen zu erhalten;
 - Verhandlungen über Dienstleistungen im Hinblick auf die Förderung des Wirtschaftswachstums der am wenigsten fortgeschrittenen Länder;
 - Verhandlungen über den Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse, bei denen die Entwicklungsländer ein Exportinteresse haben;
 - Bekräftigung der Grundsätze in Bezug auf die besondere und differenzierte Behandlung für die Entwicklungsländer, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder,
- AA. in der Erwägung, dass es äußerst wichtig ist, den Besitzstand von Doha sicherzustellen,
- BB. in der Erwägung, dass in einer neuen Analyse der Weltbank darauf hingewiesen wird, dass allein über das Instrument der Liberalisierung des internationalen Handels über 320 Millionen Menschen bis zum Jahr 2015 aus der Armut herausgeführt werden könnten,
- CC. in der Erwägung, dass – Schätzungen der Weltbank zufolge – die von den entwickelten Ländern auf die Erzeugnisse der Entwicklungsländer angewandten Zölle (Oxfam zufolge sind diese durchschnittlich vier Mal so hoch wie die von den Entwicklungsländern gegenüber den entwickelten Ländern angewandten Zölle) die Entwicklungsländer rund 100 Mrd. Euro kosten, was dem Doppelten von dem entspricht, was sie an Hilfe erhalten,
1. äußert seine tiefe Besorgnis über die sich abzeichnenden humanitären Katastrophen in aller Welt und fordert die EU und andere Geber auf, sofort und nachhaltig auf die vom Welternährungsprogramm (WFP) eingeleitete Kampagne zur Bekämpfung des Hungers in Afrika zu reagieren und die Lebensmittelhilfe sowie die humanitäre Hilfe für die gefährdeten Gebiete und die Unterstützung für längerfristige Bemühungen zur Erzielung der Ernährungssicherheit zu intensivieren;
 2. fordert die EU und andere Geber auf, dringend die schrecklichen sozioökonomischen

Auswirkungen der HIV/Aids-Epidemie zu beheben, insbesondere in der Region des südlichen Afrika, und die langsame Verteilung von bereitgestellten Geldern aus dem weltweiten Fonds für HIV/Aids zu beschleunigen;

3. äußert seine anhaltende tiefe Besorgnis über das Ausmaß der Lebensmittelkrise in Simbabwe und anderen Ländern im südlichen Afrika und bedauert die Tatsache, dass Mugabes Landverteilungsprogramm nur dazu gedient hat, die Nahrungsmittelkrise der Region zu verschlimmern, indem es zum Zusammenbruch der Agrarproduktion und der Wirtschaft von Simbabwe geführt hat;
4. fordert die EU und andere Geber auf, die Bemühungen zu unterstützen, die Mittel aufzuteilen, die erforderlich sind, um genetisch veränderte (GV) Lebensmittel zu mahlen, um sie für die meisten Länder, die Lebensmittelhilfe benötigen, akzeptabel zu machen, und jede Möglichkeit zu verhindern, einheimische Feldfrüchte mit GV-Sorten zu vermischen;
5. fordert die EU und andere Geber auf, zur Stärkung der logistischen Kapazität in den gefährdeten Gebieten beizutragen – wie z.B. Straßenbenutzungsgebühren, Import-/Zollverfahren und Transportvorkehrungen von Dritten -, um die reibungslose und rechtzeitige Auslieferung der Lebensmittelhilfe zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf die gleichzeitige Auslieferung von Saatgut zum Pflanzen;
6. ist der Auffassung, dass sich der Kampf gegen Armut und Ernährungsunsicherheit gegen die strukturellen Ursachen der Armut in den Entwicklungsländern richten muss, und fordert daher Maßnahmen, um den Zugang zu Land, Wasser und den Ressourcen der biologischen Vielfalt zu fördern, Maßnahmen, um eine Politik der Unterstützung von nachhaltigen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben auf kommunaler Ebene zu fördern, und den Erlass der Schulden, die mehr als 40% des BSP der am wenigsten entwickelten Länder schlucken;
7. ist der Auffassung, dass Handelsschranken, Subventionen und andere handelsverzerrende Maßnahmen, insbesondere in Bereichen von besonderem Exportinteresse für die LDC, wie die Landwirtschaft, überprüft werden sollten, mit dem Ziel, sie abzubauen; warnt davor, dass die weltweiten Kosten für eine Nichtbeseitigung des Hungers enorm hoch sind: Konflikte, wiederkehrende Katastrophen, internationale Kriminalität, Drogenhandel, wirtschaftliche Stagnation, illegale Einwanderung und vorzeitiger Tod;
8. ist der Ansicht, dass die Entwicklung des internationalen Handels ein äußerst wirksames Instrument bei den Bemühungen um eine erhebliche Verringerung der Armut ist, und fordert umfassende Strategien zur Entwicklung des Privatsektors;
9. begrüßt die Entscheidung des Rates, alle Erzeugnisse der am wenigsten entwickelten Länder, mit Ausnahme von Waffen, zum Markt der Europäischen Union zuzulassen, betont, dass die uneingeschränkte Umsetzung dieser Initiative bis Ende 2003 gemeinsam mit angemessenen Begleitbestimmungen, wie etwa Technologietransfers und Schuldenerlass, die Situation der LDC verbessern könnte und fordert schließlich die anderen entwickelten Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten auf, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen;

10. fordert alle Industriestaaten auf, sich darauf vorzubereiten, weitere Zugeständnisse betreffend den Marktzugang von Agrarprodukten aus den Entwicklungsländern zu machen;
11. fordert die Kommission auf, den Entwicklungsländern dabei zu helfen, die normativen Kriterien der Europäischen Union zu erfüllen, insbesondere die Normen im Bereich der sanitären, phytosanitären und nahrungsmittelspezifischen Sicherheit;
12. fordert eine bedarfsgerechte Hilfe und Unterstützung in Form von Know-how, um die nachhaltige Landwirtschaft in den LDC verbessern zu können;
13. ersucht die FAO, in Zusammenarbeit mit den internationalen Forschungseinrichtungen die Agrarforschung und die Forschung im Bereich neuer Technologien einschließlich der Biotechnologie voranzutreiben, wobei diese sich immer an die örtlichen Gegebenheiten anpassen sollten, um die Agrarproduktivität in den Entwicklungsländern zu verbessern;
14. ist der Auffassung, dass die Handelspolitik der EU darauf abzielen sollte, die nachhaltige Entwicklung, Bestimmungen über fairen Handel und die einheimischen Erzeugnisse und Marktkapazitäten der LDC zu fördern, damit der Bedarf ihrer Bevölkerung gedeckt werden kann;
15. fordert die LDC auf, zu einer interregionalen nachhaltigen Entwicklungsstrategie überzugehen, die die wahren Bedürfnisse ihrer Völker berücksichtigt, nämlich Reduzierung der Abhängigkeit von den Industriestaaten und Aufbau von inländischen und regionalen Märkten;
16. fordert die Kommission auf, zur regionalen wirtschaftlichen Integration der am wenigsten entwickelten Länder beizutragen, insbesondere im Rahmen des EEF;
17. ist der Auffassung, dass es den LDC in einigen Fällen erlaubt sein sollte, ihre Volkswirtschaften zu schützen und Märkte selektiv zu öffnen, damit sie ihre eigenen Industrien entwickeln und ihre Nahrungsmittelunabhängigkeit und den Fortbestand und die Entwicklung ihrer kleinbäuerlichen Betriebe gewährleisten können;
18. bekräftigt, dass die in Monterrey gefassten Beschlüsse dazu führen sollten, dass alle Länder, die am Welternährungsgipfel in Rom teilgenommen haben, neue Anstrengungen unternehmen,
19. erinnert an die gemeinsame Ministererklärung von Doha, in der die Einleitung einer „Entwicklungsrunde“ gefordert wird mit dem Ziel, ein faires und marktorientiertes Handelssystem besonders in der Landwirtschaft zu entwickeln;
20. ist der Auffassung, dass der Umstand, dass es den Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO) nicht gelungen ist, wie in der Erklärung von Doha über TRIP und öffentliche Gesundheit gefordert, im Jahr 2002 in der Frage des Pflichtzugangs zu lebensnotwendigen Arzneimitteln eine Einigung zu erzielen, hinsichtlich der Prioritäten der Verhandlungsführer im Bereich Handel ein sehr entmutigendes Signal an die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder aussendet; ist ferner der Auffassung, dass dies noch dazu

weiterhin ein Hindernis für die Erbringung dringend benötigter öffentlicher Gesundheitsdienstleistungen in diesen Ländern darstellt;

21. unterstreicht die Bedeutung der parlamentarischen Beobachtung des WTO-Prozesses;
22. fordert die Kommission auf, den LDC zu helfen, ihre Kapazitäten in Technologie, Produktion, Verwaltung und Logistik zu verstärken, damit sie ihren freien Zugang zu den EU-Märkten voll nutzen und ihre technologische Kapazität entwickeln können, um auch Fertigprodukte zu exportieren;
23. fordert die Kommission auf, den LDC zu helfen, ihre Produktion und ihre Exporte mittels entsprechender Strategien zu diversifizieren;
24. hebt hervor, dass die Öffnung von Märkten zu einem Zuwachs des Güterumschlags und daher auch zu Betrug betreffend die Ursprungsbestimmungen führen kann; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, technische Hilfsmechanismen zur Verhinderung von Betrug einzusetzen;
25. fordert die Kommission sowie die EU- und AKP-Minister auf, Ernährungssicherheit und Zugang zu Ressourcen zum Schwerpunkt der Verhandlungen über die zukünftigen AKP-EU-Handelsbeziehungen zu machen;
26. fordert die Kommission auf, ihre Hilfsprogramme zur Schulung der Unterhändler der Entwicklungsländer zu intensivieren und diesen Ländern dabei zu helfen, die in den Verhandlungen erzielten Ergebnisse umzusetzen;
27. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Mitgliedstaaten der EU, den Ko-Präsidenten der Paritätischen Versammlung AKP-EU, der WTO, dem IWF, der Weltbank und der UNO zu übermitteln.